

Ausschussvorsitzender
für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
Herrn Johannes Krause
SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Krause,

in der Beratung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 13.01.2009 wurde am Rand der Diskussionen zu den B-Plänen 32.3 und 32.4 Heide-Süd von Herrn Dr.Pohlack dahingehend eine Aussage getätigt, dass sich ja nun „Logoil“ erledigt habe.

Dies steht aber im Widerspruch zu den Anträgen der Rechtsanwälte von „Logmed Coperation“ beim Verwaltungsgericht bzw. LVwA, wo die vorzeitige Vollziehung der Genehmigung beantragt und genehmigt wurde. Dies bedeutet, dass die aufschiebende Wirkung unserer Klage momentan aufgehoben ist.

Gleichzeitig erhielten wir eine Information darüber, dass Prof. Wehrspohn vom Fraunhofer-Institut ein Interesse am Gelände von Logoil hätte, es fehle nur noch die Zustimmung der Stadt zum Geländetausch mit Logoil.

Außerdem wollten wir darauf hinweisen, dass in den Bebauungsplänen 32.1 bis 32.02. festgeschrieben wurde, dass bezüglich Emissionen/Immissionen für diese Gebieten eine Gesamtregelung im B-Plan 32.4 erfolgt, d.h. für toxische Emissionen von Betrieben und auch für Feinstaubimmissionen aus den Kaminen.

Der Bebauungsplan 32.4. ist damit ein für das **Sondergebiet WIP und die reinen Wohngebiete** ausgewiesener Bebauungsplan und nicht für ein Gewerbe- oder Industriegebiet.

In den von der Oberbürgermeisterin Frau Szabados ausgelösten Fragebogen hat sie über 500 Antworten der Bürger erhalten. Spätestens hier müsste der Stadt und ihrer Oberbürgermeisterin im Falle der LOGOIL-Anlage doch klar geworden sein, dass vor allem Kontinuität und Konsequenz in der Haltung zu einmal eingenommenen Positionen erwartet wird. Es wäre natürlich absurd, fordern zu wollen, dass solche Positionen auf Dauer festgeschrieben zu sein haben. Wenn sich von Fall zu Fall Rahmenbedingungen geändert haben sollten, die neue Entscheidungen oder Positionen erfordern, was ja nie ausgeschlossen werden kann, dann sollte das den Bürgern auch plausibel öffentlich gemacht werden. Und zwar rechtzeitig. Denn die Stadtverwaltung ist in der Regel ja deutlich früher als ihre Einwohner über sich abzeichnende Veränderungen wie Ansiedlungswünsche informiert. Es sollte nicht einfach über die Köpfe der Einwohner hinweg entschieden werden.

Wohin das führt, zeigen die gegenwärtigen Diskussionen um die Schließung des Friedhofs Neustadt. Insbesondere erwarte ich daher seitens der Stadt und der Oberbürgermeisterin deutlich mehr Sensibilität in Hinblick auf die Wünsche und Vorstellungen der Einwohner (ihrer Einwohner), welche von einer veränderten Lage betroffen sein könnten. Mit dem Siedlungsgebiet Heide-Süd und dem mit diesem territorial verflochtenen Technologiepark: „weinberg campus“ hat die Stadt anerkannter Maßen ein weit über die Region hinaus wirkendes Beispiel einer erfolgreichen Siedlungs- und Ansiedlungspolitik geschaffen. Und sie hat bisher damit deutlich punkten können.

Die nach wie vor fortschreitende Ausweitung der Siedlungsareale ist ein beredter Ausdruck dafür wie auch das ständige Erfordernis, das TGZ erweitern zu müssen. Der Charakter dieses einmaligen Areals sollte nicht durch ein vordergründig wirtschaftlich dominiertes Kalkül (das im vorliegenden Falle außerdem noch auf sehr unsicheren Beinen stehen könnte) aufs Spiel gesetzt werden.

Eine mit ihrer Stadt verbundene und mitwirkungsbereite Einwohnerschaft kann es nur geben, wenn mit ihr und nicht über sie regiert wird, und gegen diese Feststellung werden Sie wohl kaum etwas einwenden.

Dr. Gerhard Kotte

Vertreter der Bürgerinitiative Heide-Süd

P.S. Wir werden diese E-Mail auf der web-Seite des BIHS www.halle-heide-sued.de veröffentlichen.